



5N PLUS

Allgemeine Einkaufsbedingungen der 5N PV GmbH (Stand 11/2021)

5N PV GmbH, Oderlandstr. 104, 15890 Eisenhüttenstadt

1. Geltungsbereich, Vertragsschluss, Form

- (1) Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen („AEB“) gelten für alle Kauf- und Werklieferungsverträge („Vertrag“) zwischen der 5N PV GmbH mit Sitz in Eisenhüttenstadt („Käufer/wir“) und unseren Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Die AEB gelten ausschließlich; Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers akzeptieren wir auch dann nicht, wenn im Rahmen des Vertragsschlusses ausdrücklich auf sie verwiesen wird.
- (2) Die AEB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge mit demselben Verkäufer (laufende Geschäfts-beziehung), ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Die AEB gelten in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen und auf unserer Homepage abrufbaren bzw. jedenfalls in der dem Verkäufer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung.
- (3) Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und individuelle Einzelregelungen aus unserer Bestellung (z.B. abweichende Lieferzeit) haben Vorrang vor den AEB. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.
- (4) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeits der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (5) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb von 5 Tagen schriftlich zu bestätigen oder durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns; das gilt nicht, wenn unsere Bestellung auf ein verbindliches Angebot des Verkäufers erging und der Vertrag bereits damit zustande kam.
- (6) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Verkäufer abgegeben werden (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt), sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit in Sinne dieser AEB schließt Schrift- und Textform ein (z.B. Brief, E-Mail, Telefax). Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

2. Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern nichts anderes vereinbart, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. Verpackung, Transport, Versicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Tagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Tagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 2% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Die Rechnung ist uns getrennt von der Ware zuzusenden und muss die Angaben aus unserer Bestellung, insbesondere Datum und Bestellnummer, enthalten. Andernfalls haben wir Zahlungsverzögerungen nicht zu vertreten. Elektronische Rechnungsstellung akzeptieren wir nur aufgrund gesonderter Vereinbarung.
- (5) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in

jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Verkäufer erforderlich ist.

- (6) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (7) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellt oder unbestrittener Gegenforderungen.

3. Lieferzeit und Lieferverzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 1 Woche ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens i.H.v. 1% des Nettopreises (Lieferwert) der verspätet gelieferten Ware pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des vertraglichen Lieferwerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

4. Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat, Einzelstück). Die fehlerfreie Herstellung der Ware wird vom Verkäufer auch insoweit geschuldet, als er die Ware oder weiterverarbeitete Komponenten nicht selbst herstellt, sondern seinerseits einkauft.
- (2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz (Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhüttenstadt) zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld). Teillieferungen, auch innerhalb der vereinbarten Lieferzeit, bedürfen unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein beizulegen, der folgende Angaben und Nachweise umfasst: Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl), unsere Bestellkennung (Datum und Nummer) sowie, auf unser Verlangen, zoll- und exportkontrollrelevante Informationen (Ursprung, Tarifnummer, Zollwert) mit entsprechenden Begleitpapieren (Lieferantenerklärungen, Ursprungszeugnisse, Genehmigungen etc.). Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

- (5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Untertreiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

5. Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalte

- (1) An allen Produktspezifikationen, technischen Dokumentationen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Entsprechendes gilt für sonstige unternehmens- oder vertragsbezogenen Informationen, soweit sie nicht öffentlich zugänglich sind. Darüber hinaus ist auch das Bestehen der Geschäftsverbindung als solche geheim zu halten. Unsere Firma, Logos und Markenzeichen dürfen nur mit unserer ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung Dritten gegenüber genannt, als Referenz verwendet oder in sonstiger Weise veröffentlicht werden.
- (2) Vorstehende Bestimmungen gelten entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen (beigestelltes Material) oder die ausschließlich zu Vertragszwecken angeschafft oder gefertigt und deren Anschaffung oder Herstellung von uns vergütet werden (Fertigungsmittel). Gegenstände im vorstehenden Sinne bleiben in allen Fällen und Verarbeitungsphasen unser Eigentum. Es ist als solches gekennzeichnet getrennt zu lagern, in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern und darf nicht an Dritte zur Sicherheit übereignet oder verpfändet werden.
- (3) Jede Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestelltem Material und von Fertigungsmitteln erfolgt für uns als Hersteller. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (4) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung bzw. zur Weiterverarbeitung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

6. Mängelhaftung, Untersuchung, Nacherfüllung

- (1) Für unsere Rechte bei Mängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer und seiner Erfüllungsgehilfen (insbesondere Vorlieferant oder Hersteller) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend oder insbesondere in einer Qualitätssicherungsvereinbarung nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Der Verkäufer haftet insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, Informationen und Angaben zur Verkehrsfähigkeit, die (insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung) Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder die vom Verkäufer oder Hersteller (insbesondere im Internet oder in Katalogen etc.) öffentlich bekannt gemacht wurden. Im Übrigen ist die

Frage der Mangelhaftigkeit nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen. Soweit es in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Anforderungen (einschließlich Stoffrecht/RoHS/REACH sowie sonstiger produkt- oder marktbezogener Pflichten) ankommt, gelten die in der Bundesrepublik Deutschland einschlägigen Vorschriften (unter Einschluss europäischen Rechts) als Maßstab. Darüber hinaus haftet der Verkäufer auch für die Verkehrsfähigkeit der Ware in anderen Ländern, wenn er mit einem Export der Ware dorthin rechnen muss. Soweit wir in Bezug auf die Ware (ggf. auch in weiterverarbeiteter Form) insbesondere gegenüber unseren Abnehmern und Verbrauchern gesetzlichen Kennzeichnungs- und/oder Informationspflichten unterliegen, hat uns der Verkäufer auf Verlangen alle zur Erfüllung dieser Pflichten erforderlichen Auskünfte und Nachweise (z.B. Datenblätter, Lieferantenerklärungen) in zur Weitergabe geeigneter Form zu erteilen.

- (3) Zu einer Untersuchung der Ware oder Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (4) Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflichten gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht bezieht sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder die bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Bei anderen Mängeln kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßen Geschäftsgang tunlich ist. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von einer Woche ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- (5) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch, wenn tatsächlich kein Mangel vorlag; dies gilt nicht, wenn wir das Nichtvorliegen des Mangels erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben.
- (6) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelung in Abs. (5) gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- (7) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

7. Lieferantenregress

- (1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

- (2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a) Abs. 1, 439 Abs 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt die unserem Abnehmer tatsächlich gewährte Mängelleistung auch als geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- (3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen unserer Abnehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

8. Geistige Eigentumsrechte

- (1) Der Verkäufer haftet dafür, dass mit der Warenlieferung keine geistigen Eigentumsrechte Dritter (z.B. Patente, Gebrauchsmuster, Urheberrechte) innerhalb Deutschlands, der EU oder des dem Käufer bekannten Bestimmungslandes der Ware verletzt werden. Für den Haftungsumfang gilt Ziff. 6 entsprechend, soweit sich aus den nachstehenden Regelungen nichts anderes ergibt. Hinsichtlich der Verjährung gilt Ziff. 11(2).
- (2) Werden wir von einem Dritten wegen einer Verletzung geistiger Eigentumsrechte an der Ware in Anspruch genommen, ist der Verkäufer verpflichtet, uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht bezieht sich auf alle Aufwendungen, die uns aus oder in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch den Dritten notwendigerweise erwachsen (unter Einschluss der Kosten einer Rechtsverfolgung), soweit der Verkäufer nicht nachweist, dass er den Rechtsmangel nicht zu vertreten hat.

9. Produkthaftung

- (1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- (2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer auch Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Gefahrenabwendungsmaßnahmen (z.B. Produktrückruf) ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – vorab unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- (3) Der Verkäufer hat eine erweiterte Produkthaftpflichtversicherung und eine Rückrufkostenhaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von jeweils mindestens 5 Mio EUR pro Versicherungsfall sowie 10 Mio EUR pro Jahr abzuschließen und zu unterhalten. Wir sind jederzeit berechtigt, eine Kopie einschlägiger Haftpflichtpolizen zu verlangen.

10. Compliance, Im- und Exportkontrolle

- (1) Der Verkäufer ist verpflichtet, sich jederzeit gesetzestreu zu verhalten und nationale und internationale Vorschriften, insbesondere zum Datenschutz, Stoffrecht/RoHS/REACH, Arbeitsschutz, zur Korruptionsbekämpfung (einschließlich Bestechung und Bestechlichkeit) sowie zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht einzuhalten.
- (2) Der Verkäufer ist verpflichtet, für die Zoll- bzw. die Ein- oder Ausfuhrkontrolle ggf. erforderliche Informationen, Genehmigungen und Nachweise (Lieferantenerklärungen, Ursprungszeugnisse etc.) einholen. Er muss insbesondere bei Lieferungen von außerhalb der EU einen zutreffenden Zollwert in Übereinstimmung mit den einschlägigen Übereinkommen und Vorschriften angeben. Der Verkäufer ist zur Anzeige verpflichtet, falls die Ware in bestimmten Ländern besonderer Regulierung unterliegt.
- (3) Neben vertraglichen Informationspflichten, insbes. im Zusammenhang mit dem Lieferschein gem. Ziff. 4(3) und der Produktbeschreibung gem. Ziff. 6(2), bleiben entsprechende gesetzliche Pflichten in allen Fällen unberührt.
- (4) Der Vertragspartner verpflichtet sich, den Code of Conduct der Business Social Compliance Initiative (BSCI) einzuhalten (www.bsci.eu.org). Er wird insbesondere dafür Sorge tragen, dass Kinder und

Jugendliche nur unter Beachtung der Regelungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Vereinten Nationen (UN) und des nationalen Rechts beschäftigt werden. Er wird diese Verpflichtung ebenfalls seinen Lieferanten auferlegen und dies auf Verlangen nachweisen.

11. Verjährung

- (1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln einschließlich geistiger Eigentumsrechte, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- (3) Mit dem Zugang einer schriftlichen Mängelanzeige beim Verkäufer wird die Verjährung gehemmt. Bei der Nacherfüllung beginnt die Verjährungsfrist für ersetzte oder nachgebesserte Teile von neuem zu laufen, es sei denn, der Verkäufer war für uns erkennbar zur Nacherfüllung nicht verpflichtet (Kulanzeleistung).
- (4) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerungen gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt für diese die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

12. Rechtswahl, Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Die Rechtswahl gilt auch für außervertragliche Schuldverhältnisse, die mit dem Vertrag in enger Verbindung stehen. Im Übrigen bestimmen sich Umfang und Reichweite der Rechtswahl nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Ist der Verkäufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Eisenhüttenstadt, Deutschland (Amts- bzw. Landgericht). Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß Ziff. 4(2) bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.



5N PLUS

Allgemeine Verkaufsbedingungen der 5N Plus Additives GmbH (Stand 11/2021)
5N Plus Additives GmbH, Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhüttenstadt

1. Geltungsbereich, Vertragsschluss, Form

- (1) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen (AVB) gelten für alle Kauf- und Werklieferungsverträge (*Vertrag*) zwischen der 5N Plus Additives GmbH mit Sitz in Eisenhüttenstadt, Deutschland, (*Verkäufer/Wir*) und unseren Kunden, die keine Verbraucher gem. § 13 BGB sind (*Käufer*). Die AVB gelten ausschließlich; Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers akzeptieren wir auch dann nicht, wenn der Käufer im Rahmen seiner Bestellung ausdrücklich auf sie verweist.
- (2) Die AVB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge mit demselben Käufer (laufende Geschäftsbeziehung), ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Die AVB gelten in der zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen und auf unserer Homepage jederzeit abrufbaren bzw. jedenfalls in der dem Käufer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung.
- (3) Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Handelsklauseln) haben Vorrang vor den AVB. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.
- (4) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot, das mangels abweichender Bestimmung mindestens eine Woche gültig bleibt.
- (5) Mit schriftlicher Auftragsbestätigung oder Auslieferung der Ware nebst Lieferschein kommt ein verbindlicher Vertrag über die aufgeführte Ware zustande. Dies gilt auch, soweit die Auftragsbestätigung bzw. die Lieferung geringfügige oder handelsübliche Abweichungen von der Bestellung (z.B. hinsichtlich Mengen, Zusammensetzung etc.) aufweist. Derartige Abweichungen gelten als genehmigt, wenn und soweit der Käufer ihnen nicht unverzüglich (in der Regel innerhalb von 5 Tagen) widerspricht.
- (6) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Käufer abgegeben werden (z.B. Fristsetzung, Widerspruch, Mängelanzeige, Minderung/Rücktritt) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

2. Kaufpreis, Nebenkosten, Fälligkeit

- (1) Sofern sich aus unserer Auftragsbestätigung oder individuellen Vereinbarungen nichts anderes ergibt, gelten unsere jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise, und zwar ab Lager, zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer, öffentlicher Abgaben (z.B. Zölle, Gebühren) und sonstiger Nebenkosten (z.B. Verpackungs- und Versandkosten). Alle Nebenkosten werden nach Möglichkeit in der Auftragsbestätigung, spätestens jedoch in der Rechnung beziffert.
- (2) Der Kaufpreis mit Nebenkosten ist innerhalb von 14 Tagen ab Absendung der Ware (Rechnungsdatum) ohne Abzüge zur Zahlung fällig, sofern nichts anderes vereinbart oder – jederzeit widerruflich – zugunsten des Käufers in der Rechnung ausgewiesen ist (z.B. Skonto, längere Zahlungsfrist). Wir sind, auch im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung, jederzeit berechtigt, eine Lieferung ganz oder teilweise nur gegen Vorkasse durchzuführen. Einen entsprechenden Vorbehalt erklären wir spätestens mit der Auftragsbestätigung.
- (3) Wir sind, vorbehaltlich des Widerspruchs des Käufers, zur elektronischen Rechnungsstellung berechtigt. Alle Zahlungen erfolgen durch Banküberweisung in EURO auf unsere in der Rechnung genannte Bankverbindung oder (ggf. gegen Skonto) per SEPA-Lastschrift.

3. Zahlungsverzug, Gegenrechte, Unsicherheitseinrede

- (1) Mit Ablauf der Zahlungsfrist gem. Ziffer 2(2) kommt der Käufer in Verzug. Der Verzugszins beträgt jährlich 9 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Vorbehaltlich weitergehenden Schadensersatzes haben wir daneben Anspruch auf Zahlung einer Pauschale

von 40 Euro. Unser Anspruch auf kaufmännischen Fälligkeitszins gem. § 353 HGB bleibt unberührt.

- (2) Dem Käufer stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist. Dies gilt nicht, soweit der Gegenanspruch unmittelbar unsere Hauptleistungspflicht aus demselben Vertrag betrifft.
- (3) Wird nach Abschluss des Vertrages erkennbar (z.B. durch Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), dass unsere vertraglichen Zahlungsansprüche durch eine mangelnde Leistungsfähigkeit des Käufers gefährdet werden, sind wir nach den gesetzlichen Vorschriften zur Leistungsverweigerung und – gegebenenfalls nach Fristsetzung – zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt (§ 321 BGB). Bei Verträgen über die Herstellung unvertretbarer Sachen (Einzelanfertigungen), können wir den Rücktritt sofort erklären. Die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung und weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben in allen Fällen unberührt.

4. Lieferbestimmungen, Versendung, Lieferverzug

- (1) Sofern sich aus unserer Auftragsbestätigung oder individuellen Vereinbarungen nichts anderes ergibt, erfolgt die Lieferung ab unserem Werk/Lager in Eisenhüttenstadt, wo auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Sofern keine Abholung vereinbart ist, erfolgt die Lieferung in der von uns festgelegten Versandart an den Geschäftssitz des Käufers oder die von ihm in der Bestellung angegebene Lieferadresse.
- (2) Jede Versendung der Ware erfolgt auf Kosten und Gefahr (Untergang, Verschlechterung und Verzögerung) des Käufers. Wir sind auf Kosten des Käufers zum Abschluss einer branchenüblichen Transportversicherung berechtigt, jedoch nicht verpflichtet. Verzögert sich die Versendung aus von uns nicht zu vertretenden Gründen, geht die Gefahr im Zeitpunkt der Anzeige der Versandbereitschaft auf den Käufer über. Der gesetzliche Gefahrübergang wegen Annahmeverzugs sowie sonstige für uns aus dem Annahmeverzug folgende Rechte (z.B. auf Ersatz von Lagerkosten oder sonstigen Mehraufwendungen) bleiben unberührt.
- (3) Wir sind im Rahmen der Lieferfristen und des für den Käufer Zututbaren zu Teillieferungen berechtigt.

5. Lieferfrist, Nichtverfügbarkeit der Leistung, Lieferverzug

- (1) Die Lieferfrist wird individuell vereinbart oder von uns im Rahmen der Auftragsbestätigung angegeben. Sofern dies nicht der Fall ist, beträgt die Lieferfrist ca. vier Wochen ab Vertragsschluss.
- (2) Können wir eine verbindliche Lieferfrist aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten (Nichtverfügbarkeit der Leistung z.B. aufgrund nicht rechtzeitiger Selbstbelieferung durch Vorlieferanten oder höherer Gewalt), teilen wir dies dem Käufer unverzüglich mit, und zwar unter Benennung des Grundes der Verzögerung und ggf. der neuen, voraussichtlichen Lieferfrist. Soweit die Leistung überhaupt nicht mehr bzw. auch innerhalb der neuen Lieferfrist nicht verfügbar ist, sind wir berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Käufers werden wir in diesem Fall unverzüglich erstatten.
- (3) Die Voraussetzungen und Folgen eines etwaigen Lieferverzugs bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere kommen wir nicht in Verzug, solange der Käufer die Verzögerung (z.B. aufgrund fehlender Informationen) überwiegend selbst verschuldet hat oder die Leistung infolge eines sonstigen, von uns nicht zu vertretenden Umstands unterbleibt. In allen Fällen ist eine schriftliche Mahnung des Käufers erforderlich.
- (4) Geraten wir in Lieferverzug, kann der Käufer pauschalierten Ersatz seines Verzugschadens verlangen. Die Schadenspauschale beträgt für jede vollendete Kalenderwoche des Verzugs 0,5% des Nettopreises (Lieferwert) der verspätet gelieferten Ware, insgesamt jedoch höchstens 5% des vertraglichen Lieferwerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Käufer durch den Verzug gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist. Im Übrigen ist der Käufer im Falle

unseres Lieferverzugs nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, also in der Regel frühestens nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist, zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt.

- (5) Weitere vertragliche oder gesetzliche Rechte der Vertragsparteien sowie die gesetzlichen Vorschriften über die Abwicklung des Vertrags bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit) bleiben unberührt.

6. Eigentumsvorbehalt

- (1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller Forderungen aus dem Vertrag und einer laufenden Geschäftsbeziehung behalten wir uns das Eigentum an der Ware (*Vorbehaltsware*) vor.
- (2) Die Vorbehaltsware ist pfleglich zu behandeln und getrennt von anderen Waren zu lagern. Sie ist in üblichem Umfang zum Neuwert gegen Sachschäden (insbesondere Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden) zu versichern.
- (3) Die Vorbehaltsware darf vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet noch zur Sicherheit übereignet werden. Der Käufer hat uns unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt oder Zugriffe Dritter (z.B. Pfändungen) auf die Vorbehaltsware erfolgen.
- (4) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Nichtzahlung des fälligen Kaufpreises, sind wir berechtigt, nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutreten und/oder die Vorbehaltsware auf Grund des Eigentumsvorbehalts heraus zu verlangen. Das Herausgabeverlangen beinhaltet nicht zugleich die Erklärung des Rücktritts; wir sind vielmehr berechtigt, lediglich die Vorbehaltsware heraus zu verlangen und uns den Rücktritt vorzubehalten. Zahlt der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht, dürfen wir diese Rechte nur geltend machen, wenn wir dem Käufer zuvor erfolglos eine angemessene Frist zur Zahlung gesetzt haben oder eine derartige Fristsetzung nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist.
- (5) Der Käufer ist bis auf Widerruf gem. unten c) befugt, die Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu verarbeiten und/oder zu veräußern (*verlängerter Eigentumsvorbehalt*). In diesem Fall gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:
 - a) Eine Verarbeitung (einschließlich Vermischung und Verbindung) erfolgt für uns als Hersteller des neu entstehenden Erzeugnisses. Wir erwerben unmittelbar das Eigentum am Erzeugnis zum vollen Wert oder – wenn die Verarbeitung aus Stoffen mehrerer Eigentümer erfolgt – das Miteigentum am Erzeugnis im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zum Wert des Erzeugnisses. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche wie für die Vorbehaltsware.
 - b) Die aus dem Weiterverkauf der Vorbehaltsware oder des Erzeugnisses entstehenden Forderungen gegen Dritte tritt der Käufer schon jetzt – im Falle unseres Miteigentums entsprechend anteilig – zur Sicherheit an uns ab. Wir nehmen die Abtretung an. Gleiches gilt für sonstige Forderungen, die an die Stelle der Vorbehaltsware treten oder sonst hinsichtlich der Vorbehaltsware entstehen (z.B. Versicherungsansprüche oder Ansprüche aus unerlaubter Handlung bei Verlust oder Zerstörung). Die in Ziffer 6(2) und 6(3) genannten Pflichten des Käufers gelten auch in Ansehung der abgetretenen Forderungen.
 - c) Zur Einziehung der abgetretenen Forderung bleibt der Käufer neben uns ermächtigt. Wir verpflichten uns, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nachkommt und wir den Eigentumsvorbehalt nicht durch Ausübung eines Rechts gem. Ziffer 6(4) geltend machen. Ist dies aber der Fall, können wir verlangen, dass der Käufer uns die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldnern (Dritten) die Abtretung mitteilt. Außerdem sind wir in diesem Fall berechtigt, die Befugnis des Käufers zur weiteren Veräußerung und Verarbeitung der Vorbehaltsware zu widerrufen.
 - d) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten unsere Forderungen um mehr als 10 %, werden wir auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach unserer Wahl freigeben.

7. Untersuchung und Mängelanzeige

- (1) Wir haften nicht für Mängel, die der Käufer bei Vertragsschluss kennt oder grob fahrlässig nicht kennt (§ 442 BGB). Der Käufer ist verpflichtet, die Ware nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) unverzüglich auf Mängel (einschließlich Falsch- und Minderlieferung) zu untersuchen und, soweit dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist, auch einem Mangelverdacht mit zumutbarem Aufwand nachzugehen. In jedem Fall hat eine Untersuchung nochmals unmittelbar vor einer Weiterverarbeitung z.B. durch Vermischung zu erfolgen.
- (2) Zeigt sich bei der Lieferung, der Untersuchung oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ein Mangel (auch aufgrund von Rügen seitens eines Kunden des Käufers), so ist uns hiervon unverzüglich Anzeige zu machen. In jedem Fall sind offensichtliche Mängel innerhalb von 3 Tagen ab Lieferung und bei der Untersuchung nicht erkennbare Mängel innerhalb der gleichen Frist ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Transportschäden sind darüber hinaus auch unmittelbar gegenüber dem Transportunternehmen zu rügen und im Empfangsbescheinigung zu vermerken. Alle Anzeigen und Rügen haben schriftlich zu erfolgen.
- (3) Versäumt der Käufer die ordnungsgemäße Untersuchung und/oder Mängelanzeige, ist unsere Haftung für den nicht bzw. nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß angezeigten Mangel nach den gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen.

8. Mängelansprüche des Käufers

- (1) Für die Rechte des Käufers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage oder mangelhafter Montageanleitung) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. Unberührt bleiben die gesetzlichen Sondervorschriften bei Endlieferung der unverarbeiteten Ware an einen Verbraucher, auch wenn dieser sie weiterverarbeitet hat (Lieferantenregress gem. § 478 BGB). Ansprüche aus Lieferantenregress sind jedoch ausgeschlossen, wenn die mangelhafte Ware durch den Käufer oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Vermischung mit einem anderen Produkt, weiterverarbeitet wurde.
- (2) Grundlage der Mängelhaftung ist vor allem die über die Beschaffenheit der Ware getroffene Vereinbarung. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit der Ware gelten alle Produktbeschreibungen, die Gegenstand des einzelnen Vertrages sind oder von uns bekannt gemacht wurden (z.B. Analysezertifikate). Für öffentliche Äußerungen Dritter (z.B. Werbeaussagen), auf die uns der Käufer nicht ausdrücklich als für ihn kaufentscheidend hingewiesen hat, übernehmen wir keine Haftung.
- (3) Im Übrigen ist die Frage der Mangelhaftigkeit nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen. Soweit es in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Anforderungen (einschließlich produkt- oder marktbezogener Pflichten) ankommt, gelten nur die für eine Verkehrsfähigkeit der Ware innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften als Maßstab. Auf hiervon zu unserem Nachteil abweichende Anforderungen im Ausland, insbesondere dem Bestimmungsland des Produkts, kommt es nur an, wenn dies im Einzelfall ausdrücklich vereinbart wurde.
- (4) Die Mängelansprüche des Käufers setzen voraus, dass er seinen Untersuchungs- und Rügepflichten gem. Ziffer 7. nachgekommen ist. Geringfügige oder handelsübliche Abweichungen der Lieferung von der bestellten Ware (z.B. hinsichtlich Mengen, Zusammensetzung etc.) stellen keinen Mangel dar.
- (5) Ist die gelieferte Ware mangelhaft, können wir wählen, ob Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Ware (Ersatzlieferung) geleistet wird. Das Recht, die Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt.
- (6) Wir können die Nacherfüllung davon abhängig machen, dass der Käufer den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Käufer ist seinerseits berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises einstweilen zurückzubehalten. Die zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Arbeits- und Materialkosten (nicht: Kosten des Transports der Ware an den Ort der Nacherfüllung), tragen wir, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Andernfalls können wir vom Käufer die entstandenen Kosten (insbesondere Prüf- und Transportkosten) ersetzt verlangen, es sei

denn, die fehlende Mangelhaftigkeit war für den Käufer nicht erkennbar.

- (7) Wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist oder eine für die Nacherfüllung vom Käufer gesetzte, angemessene Frist erfolglos abgelaufen oder nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist, kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht. Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen auch bei Mängeln nur nach Maßgabe der Bestimmungen gem. Ziffer 9.
- (8) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln (Gewährleistungsfrist) ein Jahr ab Ablieferung. Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist sind Mängelansprüche ausgeschlossen. Dies gilt auch für mangelbedingte Schadensersatzansprüche. Gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. §§ 438 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 3, 444, 445b BGB) bleiben unberührt.
- (9) Zu einer Untersuchung der von uns zur Herstellung verwendeten Komponenten und Stoffe gegenüber dem Käufer sind wir im Regelfall nicht verpflichtet. Sofern eine derartige Pflicht aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls doch bestehen sollte, handelt es sich nicht um eine wesentliche Vertragspflicht. Für den Herstellungsprozess unserer Zulieferer übernehmen wir keine Verantwortung. Auch außerhalb der Mängelhaftung gelten nur die für eine Verkehrsfähigkeit der Ware innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften (z.B. Informationspflichten) als für uns verbindlich, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart.
- (10) Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen bei Mängeln nur nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen i.V.m. den Beschränkungen gem. Ziffer 9.

9. Schadensersatz, Rücktritt

- (1) Auf Schadensersatz haften wir nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei Pflichtverletzungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – haben wir im Rahmen der Verschuldenshaftung Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten.
- (3) Bei einfacher Fahrlässigkeit und milderer Haftungsmaßstäben (z.B. Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten) haften wir nur:
 - a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und
 - b) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist die Haftung jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.
- (4) Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch gegenüber Dritten sowie bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden wir nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten haben. Für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die Regelungen in Ziffer 10.
- (5) Wegen der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten oder kündigen, wenn wir die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Das Rücktrittsrecht des Käufers bei Lieferverzug gem. Ziffer 3(3) bleibt, einschließlich der gesetzlichen Regelung zur Beweislast, unberührt. Im Übrigen gelten für die Rücktritts- und Kündigungsrechte die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

10. Produkthaftung

- (1) Unsere Haftung für fehlerhafte Produkte gegenüber Dritten (unter Einschluss von Arbeitnehmern, Mitarbeitern etc. des Käufers) richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Hieraus kann der Käufer, insbesondere im Rahmen eines Gesamtschuldnerausgleichs, Ansprüche gegen uns allenfalls insoweit herleiten, als wir im Außenverhältnis selbst haften und wir den Fehler schuldhaft (mit)verursacht haben.
- (2) Ist der Käufer wegen eines von uns an ihn gelieferten, fehlerhaften Produkts zur Durchführung einer Gefahrenabwendungsmaßnahme

(z.B. Produktrückruf) verpflichtet, beteiligen wir uns gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den hierzu vom Käufer nachweislich aufgewandten Kosten, jedoch allenfalls insoweit als:

- a) wir selbst zur Gefahrenabwehr verpflichtet sind und den Fehler des Produkts schuldhaft (mit)verursacht haben;
 - b) der Käufer uns von Art und Umfang der Gefahrenabwendungsmaßnahme einschließlich der auf uns entfallenen Beteiligung – sofern möglich und zumutbar – vorab informiert und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat; und
 - c) die durchgeführte Gefahrenabwendungsmaßnahme unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls rechtlich und tatsächlich erforderlich war.
- (3) Werden wir von Dritten wegen eines von uns an den Käufer gelieferten, fehlerhaften Produkts in Anspruch genommen, so stellt uns der Käufer von diesen Ansprüchen frei, soweit er für den die Haftung auslösenden Fehler, insbesondere aufgrund mangelhafter Untersuchung und/oder Weiterverarbeitung der Ware unter Berücksichtigung der ggf. zur Qualitätssicherung zwischen den Parteien bestehenden Vereinbarungen bzw. von uns erteilten Hinweisen und Anleitungen, im Innenverhältnis alleine oder weit überwiegend alleine verantwortlich ist.

11. Rechtswahl, Gerichtsstand

- (1) Für diese AVB und die Vertragsbeziehung zwischen den Parteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Die Rechtswahl gilt auch für außervertragliche Schuldverhältnisse, die mit dem Vertrag in enger Verbindung stehen. Im Übrigen bestimmen sich Umfang und Reichweite der Rechtswahl nach den gesetzlichen Vorschriften. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lagerort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.
- (2) Ist der Käufer Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Eisenhüttenstadt, Deutschland (Amts- bzw. Landgericht). Entsprechendes gilt, wenn der Käufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß Ziffer 4(1) bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Käufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.



5N PLUS

Allgemeine Einkaufsbedingungen der 5N Plus Additives GmbH (Stand 11/2021)

5N Plus Additives GmbH, Oderlandstr. 104, 15890 Eisenhüttenstadt

1. Geltungsbereich, Vertragsschluss, Form

- (1) Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen („AEB“) gelten für alle Kauf- und Werklieferungsverträge („Vertrag“) zwischen der 5N Plus Additives GmbH mit Sitz in Eisenhüttenstadt („Käufer/wir“) und unseren Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Die AEB gelten ausschließlich; Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers akzeptieren wir auch dann nicht, wenn im Rahmen des Vertragsschlusses ausdrücklich auf sie verwiesen wird.
- (2) Die AEB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge mit demselben Verkäufer (laufende Geschäfts-beziehung), ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Die AEB gelten in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen und auf unserer Homepage abrufbaren bzw. jedenfalls in der dem Verkäufer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung.
- (3) Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und individuelle Einzelregelungen aus unserer Bestellung (z.B. abweichende Lieferzeit) haben Vorrang vor den AEB. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.
- (4) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeits der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (5) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb von 5 Tagen schriftlich zu bestätigen oder durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns; das gilt nicht, wenn unsere Bestellung auf ein verbindliches Angebot des Verkäufers erging und der Vertrag bereits damit zustande kam.
- (6) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Verkäufer abgegeben werden (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt), sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit in Sinne dieser AEB schließt Schrift- und Textform ein (z.B. Brief, E-Mail, Telefax). Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

2. Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern nichts anderes vereinbart, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. Verpackung, Transport, Versicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Tagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Tagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 2% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Die Rechnung ist uns getrennt von der Ware zuzusenden und muss die Angaben aus unserer Bestellung, insbesondere Datum und Bestellnummer, enthalten. Andernfalls haben wir Zahlungsverzögerungen nicht zu vertreten. Elektronische Rechnungsstellung akzeptieren wir nur aufgrund gesonderter Vereinbarung.
- (5) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in

jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Verkäufer erforderlich ist.

- (6) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (7) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

3. Lieferzeit und Lieferverzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 1 Woche ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens i.H.v. 1% des Nettopreises (Lieferwert) der verspätet gelieferten Ware pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des vertraglichen Lieferwerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

4. Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat, Einzelstück). Die fehlerfreie Herstellung der Ware wird vom Verkäufer auch insoweit geschuldet, als er die Ware oder weiterverarbeitete Komponenten nicht selbst herstellt, sondern seinerseits einkauft.
- (2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz (Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhüttenstadt) zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld). Teillieferungen, auch innerhalb der vereinbarten Lieferzeit, bedürfen unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein beizulegen, der folgende Angaben und Nachweise umfasst: Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl), unsere Bestellkennung (Datum und Nummer) sowie, auf unser Verlangen, zoll- und exportkontrollrelevante Informationen (Ursprung, Tarifnummer, Zollwert) mit entsprechenden Begleitpapieren (Lieferantenerklärungen, Ursprungszeugnisse, Genehmigungen etc.). Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

- (5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Untertreiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

5. Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalte

- (1) An allen Produktspezifikationen, technischen Dokumentationen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Entsprechendes gilt für sonstige unternehmens- oder vertragsbezogenen Informationen, soweit sie nicht öffentlich zugänglich sind. Darüber hinaus ist auch das Bestehen der Geschäftsverbindung als solche geheim zu halten. Unsere Firma, Logos und Markenzeichen dürfen nur mit unserer ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung Dritten gegenüber genannt, als Referenz verwendet oder in sonstiger Weise veröffentlicht werden.
- (2) Vorstehende Bestimmungen gelten entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen (beigestelltes Material) oder die ausschließlich zu Vertragszwecken angeschafft oder gefertigt und deren Anschaffung oder Herstellung von uns vergütet werden (Fertigungsmittel). Gegenstände im vorstehenden Sinne bleiben in allen Fällen und Verarbeitungsphasen unser Eigentum. Es ist als solches gekennzeichnet getrennt zu lagern, in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern und darf nicht an Dritte zur Sicherheit übereignet oder verpfändet werden.
- (3) Jede Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestelltem Material und von Fertigungsmitteln erfolgt für uns als Hersteller. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (4) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung bzw. zur Weiterverarbeitung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

6. Mängelhaftung, Untersuchung, Nacherfüllung

- (1) Für unsere Rechte bei Mängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer und seiner Erfüllungsgehilfen (insbesondere Vorlieferant oder Hersteller) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend oder insbesondere in einer Qualitätssicherungsvereinbarung nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Der Verkäufer haftet insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, Informationen und Angaben zur Verkehrsfähigkeit, die (insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung) Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder die vom Verkäufer oder Hersteller (insbesondere im Internet oder in Katalogen etc.) öffentlich bekannt gemacht wurden. Im Übrigen ist die

Frage der Mangelhaftigkeit nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen. Soweit es in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Anforderungen (einschließlich Stoffrecht/RoHS/REACH sowie sonstiger produkt- oder marktbezogener Pflichten) ankommt, gelten die in der Bundesrepublik Deutschland einschlägigen Vorschriften (unter Einschluss europäischen Rechts) als Maßstab. Darüber hinaus haftet der Verkäufer auch für die Verkehrsfähigkeit der Ware in anderen Ländern, wenn er mit einem Export der Ware dorthin rechnen muss. Soweit wir in Bezug auf die Ware (ggf. auch in weiterverarbeiteter Form) insbesondere gegenüber unseren Abnehmern und Verbrauchern gesetzlichen Kennzeichnungs- und/oder Informationspflichten unterliegen, hat uns der Verkäufer auf Verlangen alle zur Erfüllung dieser Pflichten erforderlichen Auskünfte und Nachweise (z.B. Datenblätter, Lieferantenerklärungen) in zur Weitergabe geeigneter Form zu erteilen.

- (3) Zu einer Untersuchung der Ware oder Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (4) Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügepflichten gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht bezieht sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder die bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Bei anderen Mängeln kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßen Geschäftsgang tunlich ist. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von einer Woche ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- (5) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch, wenn tatsächlich kein Mangel vorlag; dies gilt nicht, wenn wir das Nichtvorliegen des Mangels erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben.
- (6) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelung in Abs. (5) gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- (7) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

7. Lieferantenregress

- (1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

- (2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a) Abs. 1, 439 Abs 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt die unserem Abnehmer tatsächlich gewährte Mängelleistung auch als geschuldet; dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- (3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen unserer Abnehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

8. Geistige Eigentumsrechte

- (1) Der Verkäufer haftet dafür, dass mit der Warenlieferung keine geistigen Eigentumsrechte Dritter (z.B. Patente, Gebrauchsmuster, Urheberrechte) innerhalb Deutschlands, der EU oder des dem Käufer bekannten Bestimmungslandes der Ware verletzt werden. Für den Haftungsumfang gilt Ziff. 6 entsprechend, soweit sich aus den nachstehenden Regelungen nichts anderes ergibt. Hinsichtlich der Verjährung gilt Ziff. 11(2).
- (2) Werden wir von einem Dritten wegen einer Verletzung geistiger Eigentumsrechte an der Ware in Anspruch genommen, ist der Verkäufer verpflichtet, uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht bezieht sich auf alle Aufwendungen, die uns aus oder in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch den Dritten notwendigerweise erwachsen (unter Einschluss der Kosten einer Rechtsverfolgung), soweit der Verkäufer nicht nachweist, dass er den Rechtsmangel nicht zu vertreten hat.

9. Produkthaftung

- (1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- (2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer auch Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Gefahrenabwendungsmaßnahmen (z.B. Produktrückruf) ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – vorab unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- (3) Der Verkäufer hat eine erweiterte Produkthaftpflichtversicherung und eine Rückrufkostenhaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von jeweils mindestens 5 Mio EUR pro Versicherungsfall sowie 10 Mio EUR pro Jahr abzuschließen und zu unterhalten. Wir sind jederzeit berechtigt, eine Kopie einschlägiger Haftpflichtpolizen zu verlangen.

10. Compliance, Im- und Exportkontrolle

- (1) Der Verkäufer ist verpflichtet, sich jederzeit gesetzestreu zu verhalten und nationale und internationale Vorschriften, insbesondere zum Datenschutz, Stoffrecht/RoHS/REACH, Arbeitsschutz, zur Korruptionsbekämpfung (einschließlich Bestechung und Bestechlichkeit) sowie zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht einzuhalten.
- (2) Der Verkäufer ist verpflichtet, für die Zoll- bzw. die Ein- oder Ausfuhrkontrolle ggf. erforderliche Informationen, Genehmigungen und Nachweise (Lieferantenerklärungen, Ursprungszeugnisse etc.) einholen. Er muss insbesondere bei Lieferungen von außerhalb der EU einen zutreffenden Zollwert in Übereinstimmung mit den einschlägigen Übereinkommen und Vorschriften angeben. Der Verkäufer ist zur Anzeige verpflichtet, falls die Ware in bestimmten Ländern besonderer Regulierung unterliegt.
- (3) Neben vertraglichen Informationspflichten, insbes. im Zusammenhang mit dem Lieferschein gem. Ziff. 4(3) und der Produktbeschreibung gem. Ziff. 6(2), bleiben entsprechende gesetzliche Pflichten in allen Fällen unberührt.
- (4) Der Vertragspartner verpflichtet sich, den Code of Conduct der Business Social Compliance Initiative (BSCI) einzuhalten (www.bsci.eu.org). Er wird insbesondere dafür Sorge tragen, dass Kinder und

Jugendliche nur unter Beachtung der Regelungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Vereinten Nationen (UN) und des nationalen Rechts beschäftigt werden. Er wird diese Verpflichtung ebenfalls seinen Lieferanten auferlegen und dies auf Verlangen nachweisen.

11. Verjährung

- (1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln einschließlich geistiger Eigentumsrechte, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- (3) Mit dem Zugang einer schriftlichen Mängelanzeige beim Verkäufer wird die Verjährung gehemmt. Bei der Nacherfüllung beginnt die Verjährungsfrist für ersetzte oder nachgebesserte Teile von neuem zu laufen, es sei denn, der Verkäufer war für uns erkennbar zur Nacherfüllung nicht verpflichtet (Kulanzeleistung).
- (4) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerungen gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt für diese die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

12. Rechtswahl, Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Die Rechtswahl gilt auch für außervertragliche Schuldverhältnisse, die mit dem Vertrag in enger Verbindung stehen. Im Übrigen bestimmen sich Umfang und Reichweite der Rechtswahl nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Ist der Verkäufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Eisenhüttenstadt, Deutschland (Amts- bzw. Landgericht). Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß Ziff. 4(2) bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.



5N PLUS

Purchasing Terms and Conditions of 5N PV GmbH (Version 11/2021)

5N PV GmbH, Oderlandstr. 104, 15890 Eisenhuettenstadt

1. Scope of application, conclusion of contract, form

- (1) These General Terms and Conditions of Purchase ("GTC") shall apply to all purchase contracts and contracts for work and materials ("Contract") between 5N PV GmbH with its registered office in Eisenhuettenstadt ("Buyer/us") and our suppliers ("Seller"). The GPC shall only apply if the Seller is an entrepreneur (§ 14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law. The GPC shall apply exclusively; we do not accept the Seller's general terms and conditions of business even if express reference is made to them when the contract is concluded.
- (2) The GPC shall also apply as a framework agreement for future contracts with the same Seller (ongoing business relationship) without our having to refer to them again in each individual case. The GPC shall apply in the version valid at the time of our order and available on our homepage or in any case in the version last notified to the Seller in text form.
- (3) Individual agreements (e.g., framework supply agreements, quality assurance agreements) and individual regulations from our order (e.g., deviating delivery time) shall have priority over the GPC. In case of doubt, commercial clauses shall be interpreted in accordance with the Incoterms® published by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC) in the version valid at the time of conclusion of the contract.
- (4) Our order shall be deemed binding at the earliest upon written submission. The Seller shall notify us of any obvious errors (e.g., typing and spelling errors) and incompleteness of the order including the order documents for the purpose of correction or completion prior to acceptance; otherwise, the contract shall be deemed not to have been concluded.
- (5) The Seller shall be obliged to confirm our order in writing within 5 days or to execute it without reservation by dispatching the goods (acceptance). A delayed acceptance shall be deemed to be a new offer and shall require acceptance by us; this shall not apply if our order was placed in response to a binding offer by the Seller and the contract was thus already concluded.
- (6) Legally relevant declarations and notifications made by the Seller after the conclusion of the contract (e.g., setting of deadlines, reminders, withdrawal) must be made in writing. Written form in the sense of these GPC includes written and text form (e.g., letter, e-mail, fax). Legal formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubts about the legitimacy of the declarant, shall remain unaffected.

2. Prices and terms of payment

- (1) The price stated in the order is binding. All prices shall be inclusive of statutory value-added tax if this is not shown separately.
- (2) Unless otherwise agreed, the price shall include all services and ancillary services of the Seller (e.g., assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g., packaging, transport, insurance). The Seller shall take back packaging material upon our request.
- (3) The agreed price shall be due for payment within 30 days of complete delivery and performance (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. If payment is made within 14 days, the Seller shall grant us a 2% discount on the net amount of the invoice. In the case of bank transfer, payment shall be deemed to have been made in due time if our transfer order is received by our bank before expiry of the payment deadline; we shall not be responsible for any delays caused by the banks involved in the payment process.
- (4) The invoice must be sent to us separately from the goods and must contain the details from our order, in particular the date and order number. Otherwise, we shall not be responsible for delays in payment. We shall only accept electronic invoicing based on a separate agreement.
- (5) We do not owe any interest on arrears. Default in payment shall be governed by the statutory provisions, whereby, if applicable, a written reminder by the Purchaser shall be required in each case.

- (6) We shall be entitled to rights of set-off and retention as well as the defense of non-performance of the contract to the extent provided by law. In particular, we shall be entitled to withhold payments due as long as we are still entitled to claims against the Seller arising from incomplete or defective performance.
- (7) The Seller shall have a right of set-off or retention only in respect of counterclaims which have become res judicata or are undisputed.

3. Delivery time and delay in delivery

- (1) The delivery time stated by us in the order is binding. If the delivery time is not specified in the order and has not been agreed otherwise, it shall be 1 week from the conclusion of the contract. The Seller shall be obliged to notify us in writing without delay if it is likely that it will not be able to meet agreed delivery times - for whatever reason.
- (2) If the Seller does not perform or does not perform within the agreed delivery time or if the Seller is in default, our rights - in particular to rescission and damages - shall be determined in accordance with the statutory provisions. The provisions in para. 3 shall remain unaffected.
- (3) If the Seller is in default, we may - in addition to further statutory claims - claim lump-sum compensation for our damage caused by default in the amount of 1% of the net price (delivery value) of the delayed goods per full calendar week, but in total not more than 5% of the contractual delivery value. We reserve the right to prove that we have incurred higher damages. The seller reserves the right to prove that we have not incurred any damage at all or that the damage is significantly lower.

4. Delivery, Transfer of Risk, Default of Acceptance

- (1) The Seller shall not be entitled to have the performance owed by it rendered by third parties (e.g., subcontractors) without our prior written consent. The Seller shall bear the procurement risk for its services unless otherwise agreed in individual cases (e.g., limitation to stock, single item). The Seller shall also be obliged to manufacture the goods free of defects if it does not manufacture the goods or processed components itself but purchases them.
- (2) Delivery shall be made "free domicile" within Germany to the place specified in the order. If the place of destination is not specified and nothing else has been agreed, the delivery shall be made to our registered office (Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhuettenstadt). The respective place of destination shall also be the place of performance for the delivery and any subsequent performance (obligation to deliver). Partial deliveries, even within the agreed delivery period, require our prior written consent.
- (3) The delivery shall be accompanied by a delivery bill containing the following information and evidence: Date (issue and dispatch), contents of the delivery (article number and quantity), our order identification (date and number) as well as, at our request, information relevant to customs and export control (origin, tariff number, customs value) with corresponding accompanying documents (supplier's declarations, certificates of origin, permits, etc.). If the delivery bill is missing or incomplete, we shall not be responsible for any delays in processing and payment resulting therefrom. A corresponding dispatch bill with the same content shall be sent to us separately from the delivery bill.
- (4) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the item shall pass to us upon handover at the place of performance. If acceptance has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. If we are in default of acceptance, this shall be deemed equivalent to handover or acceptance.
- (5) The statutory provisions shall apply to the occurrence of our default in acceptance. However, the Seller must also expressly offer us its performance if a specific or determinable calendar time has been agreed for an action or cooperation on our part (e.g., provision of material). If we are in default of acceptance, the Seller may demand compensation for its additional expenses in accordance with the statutory provisions (§ 304 BGB). If the contract relates to a non-

representable item to be produced by the Seller (individual production), the Seller shall only be entitled to further rights if we are obliged to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.

5. Secrecy and Retention of Title

- (1) We reserve the property rights and copyrights to all product specifications, technical documentation, and other documents. Such documents shall be used exclusively for the contractual performance and shall be returned to us upon completion of the contract. The documents must be kept secret from third parties, even after termination of the contract. The same shall apply to any other information relating to the company or the contract unless such information is publicly accessible. Furthermore, the existence of the business relationship as such shall also be kept secret. Our company, logos and trademarks may only be mentioned to third parties, used as a reference, or published in any other way with our express written consent.
- (2) The above provisions shall apply mutatis mutandis to substances and materials (e.g., software, finished and semi-finished products) as well as to tools, templates, samples and other objects which we provide to the Seller for production (material provided) or which are procured or manufactured exclusively for contractual purposes and the procurement or manufacture of which is remunerated by us (means of production). Objects in the above sense shall remain our property in all cases and processing phases. It is to be stored separately, marked as such, insured to an appropriate extent against destruction and loss and may not be transferred or pledged to third parties as security.
- (3) Any processing, mixing or combination (further processing) of material provided and of means of production shall be carried out for us as manufacturer. The same shall apply in the event of further processing of the delivered goods by us, so that we shall be deemed to be the manufacturer and shall acquire ownership of the product at the latest upon further processing in accordance with the statutory provisions.
- (4) The transfer of ownership of the goods to us shall be unconditional and without regard to the payment of the price. If, however, in individual cases we accept an offer of the Seller to transfer ownership conditional on payment of the purchase price, the Seller's retention of title shall expire at the latest upon payment of the purchase price for the goods delivered. We shall remain authorized to resell the goods in the ordinary course of business even before payment of the purchase price with advance assignment of the claim arising therefrom or to further process the goods (subsidiary validity of the simple reservation of title extended to the resale). All other forms of retention of title, in particular the extended retention of title, the passed-on retention of title and the retention of title extended to further processing are excluded.

6. Liability for defects, inspection, subsequent performance

- (1) The statutory provisions shall apply to our rights in the event of defects in the goods (including incorrect and short delivery as well as improper assembly, defective assembly, operating or operating instructions) and in the event of other breaches of duty by the Seller and its vicarious agents (in particular upstream suppliers or manufacturers), unless otherwise stipulated below or in particular in a quality assurance agreement.
- (2) The Seller shall be liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality at the time of transfer of risk to us. In any case, the product descriptions, information and data on marketability which are the subject of the respective contract (in particular by designation or reference in our order) or which have been made publicly known by the Seller or manufacturer (in particular on the Internet or in catalogs, etc.) shall be deemed to be an agreement on the quality. In all other respects, the question of defectiveness shall be assessed in accordance with the statutory provisions. To the extent that compliance with public law requirements (including substance law/RoHS/REACH and other product- or market-related obligations) is relevant in this context, the relevant regulations in the Federal Republic of Germany (including European law) shall apply as a benchmark. In addition, the Seller shall also be liable for the marketability of the goods in other countries if it must expect the goods to be exported there. Insofar as we are subject to statutory labelling and/or

information obligations regarding the goods (also in processed form, if applicable), vis-à-vis our customers and consumers, the Seller shall, upon request, provide us with all information and evidence (e.g., data sheets, supplier's declarations) required for the fulfillment of these obligations in a form suitable for disclosure.

- (3) We shall not be obliged to examine the goods or to inquire about any defects upon conclusion of the contract. In partial deviation from § 442 para. 1 sentence 2 of the German Civil Code (BGB), we shall therefore also be entitled without restriction to claims for defects if the defect remained unknown to us at the time of conclusion of the contract due to gross negligence.
- (4) The statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) shall apply to the commercial duties of inspection and notification of defects, subject to the following proviso: Our duty of inspection shall apply to defects which become apparent during our incoming goods inspection by means of external examination including the delivery documents (e.g., transport damage, wrong delivery and short delivery) or which are identifiable during our quality control by means of random sampling. In the case of other defects, it shall depend on the extent to which an inspection is feasible in the ordinary course of business, considering the circumstances of the individual case. Insofar as acceptance has been agreed, there shall be no obligation to inspect. Our obligation to give notice of defects discovered later shall remain unaffected. Notwithstanding our duty to examine, our notice of defect shall be deemed to have been given without undue delay and in good time if it is sent within one week of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.
- (5) Subsequent performance shall also include the removal of the defective goods and their re-installation, provided that the goods have been installed in another item or attached to another item in accordance with their type and intended use; our statutory claim to reimbursement of corresponding expenses shall remain unaffected. The expenses necessary for the purpose of inspection and subsequent performance shall be borne by the Purchaser even if there was no defect; this shall not apply if we were aware of the non-existence of the defect or were grossly negligent in failing to detect it.
- (6) Notwithstanding our statutory rights and the provision in subsection (5), the following shall apply: If the Seller fails to meet its obligation to remedy the defect - at our option by remedying the defect (subsequent improvement) or by delivering an item free of defects (replacement delivery) - within a reasonable period of time set by us, we shall be entitled to remedy the defect ourselves and to demand reimbursement of the expenses incurred for this purpose or a corresponding advance payment from the Seller. If subsequent performance by the Seller has failed or is unreasonable for us (e.g., due to particular urgency, risk to operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage), no deadline need be set; we shall inform the Seller of such circumstances without undue delay, if possible, in advance.
- (7) Otherwise, in the event of a material defect or defect of title, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. In addition, we shall be entitled to claim damages and reimbursement of expenses in accordance with the statutory provisions.

7. Supplier recourse

- (1) We shall be entitled to our statutory rights of recourse within a supply chain (supplier recourse pursuant to §§ 445a, 445b, 478 BGB) without restriction in addition to the claims for defects. We shall be entitled to demand from the Seller exactly the type of subsequent performance (repair or replacement) that we owe to our customer in the individual case. Our statutory right of choice (§ 439 para. 1 BGB) shall not be limited hereby.
- (2) Before we acknowledge or fulfill a claim for defects asserted by our customer (including reimbursement of expenses pursuant to §§ 445a) para. 1, 439 paras. 2 and 3 BGB), we shall notify the Seller and ask for a written statement, briefly explaining the facts of the case. If a substantiated statement is not made within a reasonable period of time and if no amicable solution is reached, the defect performance actually provided to our customer shall also be deemed to be owed; in this case, the Seller shall be responsible for proving the contrary.

- (3) Our claims from supplier recourse shall also apply if the defective goods have been further processed by us or by one of our customers, e.g., by incorporation into another product.

8. Intellectual Property Rights

- (1) The Seller shall be liable for ensuring that the delivery of the goods does not infringe any intellectual property rights of third parties (e.g., patents, utility models, copyrights) within Germany, the EU, or the country of destination of the goods known to the Buyer. Clause 6 shall apply mutatis mutandis to the scope of liability unless otherwise provided for in the following provisions. Clause 11(2) shall apply regarding the limitation period.
- (2) If claims are asserted against us by a third party due to an infringement of intellectual property rights to the goods, the Seller shall be obliged to indemnify us against such claims upon first written request. The indemnification obligation shall apply to all expenses necessarily incurred by us because of or in connection with the claim by the third party (including the costs of legal action), unless the Seller proves that it is not responsible for the defect of title.

9. Product liability

- (1) If the Seller is responsible for product damage, it shall indemnify us against claims by third parties to the extent that the cause lies within its sphere of control and organization and it is liable itself in relation to third parties.
- (2) Within the scope of his indemnification obligation, the Seller shall also reimburse expenses pursuant to Sections 683, 670 of the German Civil Code (BGB) arising from or in connection with a claim by a third-party including risk prevention measures carried out by us (e.g., product recall). We shall inform the Seller in advance of the content and scope of any recall measures - insofar as this is possible and reasonable - and give him the opportunity to comment. Further legal claims shall remain unaffected.
- (3) The Seller shall take out and maintain an extended product liability insurance and a recall costs liability insurance with a lump sum coverage of at least EUR 5 million per insured event and EUR 10 million per year. We are entitled to request a copy of relevant liability policies at any time.

10. Compliance, import and export control

- (1) The Seller shall always comply with the law and with national and international regulations, in particular regarding data protection, materials law/RoHS/REACH, occupational health and safety, anti-corruption (including bribery and corruption) and customs and foreign trade law.
- (2) The Seller shall be obliged to obtain any information, approvals and evidence (supplier's declarations, certificates of origin, etc.) required for customs or import or export control. In the case of deliveries from outside the EU, the Seller must declare an applicable customs value in accordance with the relevant conventions and regulations. The Seller shall be obliged to notify if the goods are subject to special regulations in certain countries.
- (3) In addition to contractual duties to provide information, in connection with the delivery bill pursuant to Clause 4(3) and the product description pursuant to Clause 6(2), corresponding statutory duties shall remain unaffected in all cases.
- (4) The contracting party undertakes to comply with the Code of Conduct of the Business Social Compliance Initiative (BSCI) (www.bsci-eu.org). In particular, it shall ensure that children and young people are only employed in compliance with the rules of the International Labor Organization (ILO), the United Nations (UN) and national law. He will also impose this obligation on his suppliers and provide proof of this upon request.

11. Limitation

- (1) The mutual claims of the contracting parties shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated below.
- (2) Notwithstanding Section 438 (1) No. 3 of the German Civil Code (BGB), the general limitation period for claims for defects (warranty period) shall be 3 years from the passing of risk. If acceptance has been agreed, the limitation period shall commence upon ac-

ceptance. The 3-year limitation period shall also apply mutatis mutandis to claims arising from defects of title including intellectual property rights, whereby the statutory limitation period for third party claims in rem for surrender of goods (Section 438 (1) No. 1 of the German Civil Code (BGB)) shall remain unaffected; in addition, claims arising from defects of title shall not become time-barred in any case as long as the third party can still assert the right against us - in particular in the absence of a limitation period.

- (3) The statute of limitations shall be suspended upon receipt by the Seller of a written notice of defect. In the event of subsequent performance, the limitation period for replaced or repaired parts shall start anew, unless the Seller was recognizably not obliged to provide subsequent performance (goodwill service).
- (4) The limitation periods of the law on sales including the above extensions shall apply - to the extent provided by law - to all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 BGB) shall apply to these, unless the application of the limitation periods of the law on sales leads to a longer limitation period in individual cases.

12. Choice of law, place of jurisdiction

- (1) The law of the Federal Republic of Germany shall apply to these GPC and the contractual relationship between us and the Seller to the exclusion of international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods. The choice of law shall also apply to non-contractual obligations closely connected with the contract. In all other respects, the scope and extent of the choice of law shall be determined in accordance with the statutory provisions.
- (2) If the Seller is a merchant within the meaning of the German Commercial Code (Handelsgesetzbuch), a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our registered office in Eisenhuettenstadt, Germany (local or regional court). The same shall apply if the Seller is an entrepreneur within the meaning of § 14 BGB (German Civil Code). However, we shall also be entitled in all cases to bring an action at the place of performance of the delivery obligation pursuant to Section 4(2) or a prior individual agreement or at the general place of jurisdiction of the Seller. Overriding statutory provisions, in particular regarding exclusive jurisdiction, shall remain unaffected.



5N PLUS

Selling Terms and Conditions of 5N Plus Additives GmbH (Version 11/2021)
5N Plus Additives GmbH, Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhuettenstadt

1. Scope of application, conclusion of contract, form

- (1) These General Terms and Conditions of Sale (GTCS) shall apply to all contracts of sale and contracts for work and materials (contract) between 5N Plus Additives GmbH with its registered office in Eisenhuettenstadt, Germany, (Seller/We) and our customers who are not consumers pursuant to § 13 BGB (German Civil Code) (Buyer). The GCS apply exclusively; we do not accept the Buyer's general terms and conditions even if the Buyer expressly refers to them in the context of his order.
- (2) The GCS shall also apply as a framework agreement to future contracts with the same Buyer (ongoing business relationship) without our having to refer to them again in each individual case. The GTC shall apply in the version valid at the time of the order and available on our homepage at any time or, in any case, in the version last notified to the Buyer in text form.
- (3) Individual agreements (e.g., framework supply agreements, trade clauses) shall take precedence over the GCS. In case of doubt, commercial clauses shall be interpreted in accordance with the Incoterms® published by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC) in the version valid at the time of conclusion of the contract.
- (4) Our offers are subject to change and non-binding. The provision of the goods by the Buyer shall be deemed to be a binding offer to enter into a contract which, in the absence of any provision to the contrary, shall remain valid for at least one week.
- (5) A binding contract for the listed goods shall be concluded upon written order confirmation or delivery of the goods together with the delivery bill. This shall also apply if the order confirmation or the delivery shows minor or customary deviations from the order (e.g., regarding quantities, composition, etc.). Such deviations shall be deemed to have been approved if and to the extent that the Buyer does not object to them without undue delay (as a rule within 5 days).
- (6) Legally relevant declarations and notifications made by the Buyer after the conclusion of the contract (e.g., setting of deadlines, objections, notification of defects, reduction/withdrawal) shall be made in writing, i.e., in written or text form (e.g., letter, e-mail, fax). Legal formal requirements and further proof, in particular in the case of doubts about the legitimacy of the declarant, shall remain unaffected.

2. Purchase price, ancillary costs, due date

- (1) Unless otherwise stated in our order confirmation or in individual agreements, our prices current at the time of conclusion of the contract shall apply, ex warehouse, plus statutory VAT, public charges (e.g., customs duties, fees) and other ancillary costs (e.g., packaging and shipping costs). All ancillary costs shall be quantified in the order confirmation if possible, but at the latest in the invoice.
- (2) The purchase price including ancillary costs shall be due for payment within 14 days of dispatch of the goods (invoice date) without deductions, unless otherwise agreed or - revocable at any time - stated in the invoice in favor of the Buyer (e.g., cash discount, longer payment period). We shall be entitled at any time, even within the framework of an ongoing business relationship, to make a delivery in whole or in part only against advance payment. We shall declare a corresponding reservation at the latest with the order confirmation.
- (3) We shall be entitled to issue invoices electronically, subject to the Buyer's objection. All payments shall be made by bank transfer in EURO to our bank account stated in the invoice or (if applicable against discount) by SEPA direct debit.

3. Default in payment, counter rights, plea of uncertainty

- (1) The Purchaser shall be in default upon expiry of the payment period pursuant to Clause 2(2). The default interest shall amount to 9 percentage points per annum above the respective base interest rate. Subject to further damages, we shall also be entitled to payment of a lump sum of 40 euros. Our claim to commercial maturity interest in accordance with § 353 HGB remains unaffected.

- (2) The Buyer shall only be entitled to rights of set-off or retention to the extent that his claim has been established as final and absolute or is undisputed. This shall not apply insofar as the counterclaim directly concerns our main performance obligation under the same contract.
- (3) If, after conclusion of the contract, it becomes apparent (e.g., by filing for insolvency proceedings) that our contractual claims for payment are jeopardized by the Buyer's inability to perform, we shall be entitled to refuse performance in accordance with the statutory provisions and - if necessary, after setting a deadline - to withdraw from the contract (§ 321 BGB). In the case of contracts for the manufacture of unjustifiable items (custom-made products), we may declare withdrawal immediately. The statutory provisions on the dispensability of setting a deadline and further statutory claims shall remain unaffected in all cases.

4. Delivery Terms, Shipment, Delay in Delivery

- (1) Unless otherwise stated in our order confirmation or in individual agreements, delivery shall be made ex our works/warehouse in Eisenhuettenstadt, which is also the place of performance for the delivery and any subsequent performance. If no collection has been agreed, delivery shall be made by the method of dispatch specified by us to the Buyer's place of business or to the delivery address specified by the Buyer in the order.
- (2) Any shipment of the goods shall be at the expense and risk (loss, deterioration, and delay) of the Buyer. We shall be entitled, but not obliged, to take out transport insurance customary in the industry at the Buyer's expense. If the shipment is delayed for reasons beyond our control, the risk shall pass to the Buyer at the time of notification of readiness for shipment. The statutory transfer of risk due to default in acceptance as well as other rights resulting for us from the default in acceptance (e.g., compensation for storage costs or other additional expenses) shall remain unaffected.
- (3) We shall be entitled to make partial deliveries within the framework of the delivery periods and what is reasonable for the Buyer.

5. Delivery period, non-availability of performance, delay in delivery

- (1) The delivery period shall be agreed individually or stated by us in the order confirmation. If this is not the case, the delivery period shall be approximately four weeks from conclusion of the contract.
- (2) If we are unable to meet a binding delivery deadline for reasons for which we are not responsible (non-availability of the service, e.g., due to late delivery by our own suppliers or force majeure), we shall inform the Buyer of this without delay, stating the reason for the delay and, if applicable, the new expected delivery deadline. Insofar as the service is no longer available at all or is not available within the new delivery period, we shall be entitled to withdraw from the contract; in this case, we shall immediately refund any consideration already paid by the Buyer.
- (3) The prerequisites and consequences of any delay in delivery shall be determined in accordance with the statutory provisions. In particular, we shall not be in default as long as the Buyer is predominantly responsible for the delay (e.g., due to lack of information) or if performance is not affected due to other circumstances for which we are not responsible. In all cases, a written reminder from the Buyer shall be required.
- (4) If we are in default of delivery, the Buyer may demand lump-sum compensation for the damage caused by the delay. The lump-sum compensation shall amount to 0.5% of the net price (delivery value) of the delayed goods for each full calendar week of the delay, but not more than a total of 5% of the contractual delivery value. We reserve the right to prove that the Buyer has not suffered any damage because of the delay or that the damage is significantly less than the aforementioned lump sum. Furthermore, in the event of a delay in delivery on our part, the Buyer shall be entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions, i.e., as

a rule at the earliest after the unsuccessful expiry of a reasonable grace period set by him.

- (5) Further contractual or statutory rights of the contracting parties as well as the statutory provisions on the performance of the contract in the event of an exclusion of the obligation to perform (e.g., due to impossibility) shall remain unaffected.

6. Retention of title

- (1) We shall retain title to the goods (reserved goods) until all claims arising from the contract and an ongoing business relationship have been paid in full.
- (2) The reserved goods shall be treated with care and stored separately from other goods. They shall be insured to the usual extent at replacement value against property damage (in particular fire, water and theft damage).
- (3) The goods subject to retention of title may neither be pledged to third parties nor assigned as security before full payment of the secured claims. The purchaser must inform us immediately in writing if an application is made to open insolvency proceedings or if third parties (e.g., seizures) have access to the reserved goods.
- (4) In the event of any breach of contract by the Buyer, in particular in the event of non-payment of the purchase price due, we shall be entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions and/or to demand surrender of the reserved goods based on the reservation of title. The demand for surrender does not at the same time include the declaration of withdrawal; we are rather entitled to demand only the surrender of the reserved goods and to reserve the right of withdrawal. If the Buyer does not pay the purchase price due, we may only assert these rights if we have previously set the Buyer a reasonable deadline for payment without success or if setting such a deadline is dispensable under the statutory provisions.
- (5) Until revoked in accordance with c) below, the Buyer shall be entitled to process and/or sell the reserved goods in the ordinary course of business (extended reservation of title). In this case, the following provisions shall apply in addition:
 - a) Processing (including mixing and combining) shall be carried out for us as the manufacturer of the newly created product. We shall acquire direct ownership of the product at full value or - if the processing is carried out from materials of several owners - co-ownership of the product in the ratio of the value of the reserved goods to the value of the product. In all other respects, the same shall apply to the resulting product as to the goods subject to retention of title.
 - b) The Buyer hereby assigns to us by way of security any claims against third parties arising from the resale of the reserved goods or the product - in the event of our co-ownership on a pro-rata basis. We accept the assignment. The same shall apply to other claims which take the place of the reserved goods or otherwise arise in respect of the reserved goods (e.g., insurance claims or claims in tort in the event of loss or destruction). The obligations of the Buyer set forth in Clauses 6(2) and 6(3) shall also apply in respect of the assigned claims.
 - c) The Buyer shall remain authorized to collect the assigned claim in addition to us. We undertake not to collect the claim as long as the Buyer meets his payment obligations towards us, and we do not assert the retention of title by exercising a right pursuant to clause 6(4). If this is the case, however, we may demand that the Buyer informs us of the assigned claims and their debtors, provides all information necessary for collection, hands over the associated documents and informs the debtors (third parties) of the assignment. Furthermore, in this case we shall be entitled to revoke the Buyer's authorization to further sell and process the reserved goods.
 - d) If the realizable value of the securities exceeds our claims by more than 10%, we shall release securities of our choice at the Buyer's request.

7. Examination and notification of defects

- (1) We shall not be liable for defects of which the Buyer is aware at the time of conclusion of the contract or is not aware due to gross negligence (§ 442 BGB). The Buyer is obliged to inspect the goods im-

mediately for defects (including wrong and short delivery) in accordance with the statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) and, insofar as this is feasible in the ordinary course of business, also to investigate any suspicion of defects with reasonable effort. In any case, an inspection shall be carried out again immediately before further processing, e.g., by mixing.

- (2) If a defect becomes apparent upon delivery, inspection or at any later time (also due to complaints on the part of a customer of the Buyer), we must be notified thereof without delay. In any case, obvious defects must be notified to us in writing within 3 days of delivery and defects which are not visible during the inspection must be notified within the same period of time after discovery. In addition, transport damage must also be reported directly to the transport company and noted in the acknowledgement of receipt. All notifications and complaints must be made in writing.
- (3) If the Buyer fails to duly inspect the goods and/or give notice of defects, our liability for the defect not notified or not notified in due time or not notified in due form shall be excluded in accordance with the statutory provisions.

8. Claims for defects of the purchaser

- (1) The statutory provisions shall apply to the Buyer's rights in the event of material defects and defects of title (including wrong delivery and short delivery as well as improper assembly or defective assembly instructions), unless otherwise stipulated below. The special statutory provisions shall remain unaffected in the case of final delivery of the unprocessed goods to a consumer, even if the consumer has processed them further (supplier recourse pursuant to § 478 BGB). However, claims from supplier recourse shall be excluded if the defective goods have been further processed by the purchaser or another entrepreneur, e.g., by mixing them with another product.
- (2) The basis of the liability for defects is above all the agreement made on the condition of the goods. All product descriptions which are the subject of the individual contract or which have been made known by us (e.g., certificates of analysis) shall be deemed to be an agreement on the quality of the goods. We shall not be liable for public statements of third parties (e.g., advertising statements) to which the Buyer has not expressly referred to us as being decisive for his purchase.
- (3) In all other respects, the question of defectiveness shall be assessed in accordance with the statutory provisions. Insofar as compliance with public-law requirements (including product- or market-related obligations) is relevant in this context, only the regulations applicable to the marketability of the goods within the Federal Republic of Germany shall apply as a standard. Requirements in other countries, in particular the country of destination of the product, which deviate from this to our disadvantage, shall only apply if this has been expressly agreed in the individual case.
- (4) The Buyer's claims based on defects shall be subject to the condition that he has complied with his obligations to inspect the goods and to give notice of defects in accordance with Clause 7. Minor or customary deviations of the delivery from the ordered goods (e.g., regarding quantities, composition, etc.) shall not constitute a defect.
- (5) If the delivered goods are defective, we may choose whether to effect subsequent performance by remedying the defect (subsequent improvement) or by delivering goods free of defects (replacement delivery). The right to refuse subsequent performance under the statutory conditions shall remain unaffected.
- (6) We may make the subsequent performance dependent on the Buyer paying the purchase price due. The Purchaser shall be entitled to retain a part of the purchase price in proportion to the defect. The expenses necessary for the purpose of subsequent performance, in particular labor and material costs (not: costs of transporting the goods to the place of subsequent performance), shall be borne by us if there is a defect. Otherwise, we may demand reimbursement of the costs incurred (in particular inspection and transport costs) from the Buyer, unless the lack of defectiveness was not apparent to the Buyer.
- (7) If the supplementary performance has failed or if a reasonable deadline set by the Buyer for the supplementary performance has expired without success or is dispensable according to the statutory provisions, the Buyer may withdraw from the contract or reduce the purchase price. In the case of an insignificant defect, however, there

shall be no right of withdrawal. Claims of the Purchaser for damages or reimbursement of futile expenses shall only exist in the event of defects in accordance with the provisions of Clause 11.

- (8) Notwithstanding Section 438 (1) No. 3 of the German Civil Code (BGB), the general limitation period for claims arising from defects of quality and title (warranty period) shall be one year from delivery. After expiry of the warranty period, claims for defects are excluded. This shall also apply to claims for damages due to defects. Special statutory provisions on the limitation period (in particular §§ 438 para. 1 no. 1 and 2, para. 3, 444, 445b BGB) shall remain unaffected.
- (9) As a rule, we shall not be obliged to inspect the components and materials used by us for manufacture vis-à-vis the Buyer. If such an obligation should exist due to the special circumstances of the individual case, it shall not be a material contractual obligation. We do not assume any responsibility for the manufacturing process of our suppliers. Even outside the liability for defects, only the regulations applicable to the marketability of the goods within the Federal Republic of Germany (e.g., information obligations) shall be binding on us, unless otherwise expressly agreed.
- (10) In the event of defects, the Buyer shall only be entitled to claim damages or reimbursement of futile expenses in accordance with the above provisions in conjunction with the limitations pursuant to Section 9.

9. Compensation for Damages, Withdrawal

- (1) We shall be liable for damages in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated below.
- (2) In the event of breaches of duty - irrespective of the legal grounds - we shall be liable for intent and gross negligence within the framework of fault-based liability.
- (3) In the case of simple negligence and milder standards of liability (e.g., care in one's own affairs) we shall only be liable:
 - a) for damages resulting from injury to life, body, or health, and
 - b) for damages resulting from a not insignificant breach of a material contractual obligation (an obligation the fulfillment of which is a prerequisite for the proper performance of the contract and on the observance of which the contractual partner regularly relies and may rely); in this case, however, liability shall be limited to compensation for the foreseeable, typically occurring damage.
- (4) The above limitations of liability shall also apply vis-à-vis third parties and in the event of breaches of duty by or in favor of persons for whose fault we are responsible in accordance with statutory provisions. The provisions of Section 10 shall apply to claims under the Product Liability Act.
- (5) The Buyer may only withdraw from or terminate the contract due to a breach of a contractual obligation that does not consist of a defect if we are responsible for the breach of obligation. The Buyer's right to withdraw from the contract in the event of a delay in delivery pursuant to Section 3(3) shall remain unaffected, including the statutory provision on the burden of proof. In all other respects, the statutory requirements and legal consequences shall apply to the rights of rescission and termination.

10. Product liability

- (1) Our liability for defective products vis-à-vis third parties (including employees, staff etc. of the Buyer) shall be governed by the statutory provisions. The Buyer may derive claims against us from this, in particular within the framework of a joint and several debtor compensation, at most to the extent that we ourselves are liable in the external relationship and we have culpably (co-)caused the defect.
- (2) If the Buyer is obliged to carry out a risk prevention measure (e.g., product recall) due to a defective product delivered to him by us, we shall participate in the costs demonstrably incurred by the Buyer for this purpose in accordance with the statutory provisions, but only to the extent that:
 - a) we ourselves are obliged to avert danger and have culpably (co-)caused the defect of the product;
 - b) the purchaser has informed us in advance of the type and scope of the risk prevention measure, including the participation attributable to us - insofar as this is possible and reasonable - and has given us the opportunity to comment; and

c) the risk prevention measure carried out was legally and necessary, considering all circumstances of the individual case.

- (3) If claims are asserted against us by third parties due to a defective product delivered by us to the Buyer, the Buyer shall indemnify us against such claims to the extent that the Buyer is solely or predominantly responsible internally for the defect giving rise to the liability, in particular due to defective inspection and/or further processing of the goods, taking into account any agreements on quality assurance existing between the parties or instructions and directions given by us.

11. Choice of Law, Place of Jurisdiction

- (1) The laws of the Federal Republic of Germany shall apply to these GCS and the contractual relationship between the parties, excluding international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods. The choice of law shall also apply to non-contractual obligations that are closely connected with the contract. In all other respects, the scope and extent of the choice of law shall be determined in accordance with the statutory provisions. The conditions and effects of the retention of title shall be governed by the law of the respective place of storage of the item, insofar as the choice of law made in favor of German law is inadmissible or ineffective thereafter.
- (2) If the Buyer is a merchant, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our place of business in Eisenhuettenstadt, Germany (local or regional court). The same shall apply if the Buyer is an entrepreneur within the meaning of § 14 of the German Civil Code (BGB). However, we shall also be entitled in all cases to bring an action at the place of performance of the delivery obligation pursuant to Section 2(1) or a prior individual agreement or at the Buyer's general place of jurisdiction. Prior statutory provisions, in particular regarding exclusive jurisdiction, shall remain unaffected.



5N PLUS

Purchasing Terms and Conditions of 5N Plus Additives GmbH (Version 11/2021)

5N Plus Additives GmbH, Oderlandstr. 104, 15890 Eisenhuettenstadt

1. Scope of application, conclusion of contract, form

- (1) These General Terms and Conditions of Purchase ("GTC") shall apply to all purchase contracts and contracts for work and materials ("Contract") between 5N Plus Additives GmbH with its registered office in Eisenhuettenstadt ("Buyer/us") and our suppliers ("Seller"). The GPC shall only apply if the Seller is an entrepreneur (§ 14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law. The GPC shall apply exclusively; we do not accept the Seller's general terms and conditions of business even if express reference is made to them when the contract is concluded.
- (2) The GPC shall also apply as a framework agreement for future contracts with the same Seller (ongoing business relationship) without our having to refer to them again in each individual case. The GPC shall apply in the version valid at the time of our order and available on our homepage or in any case in the version last notified to the Seller in text form.
- (3) Individual agreements (e.g., framework supply agreements, quality assurance agreements) and individual regulations from our order (e.g., deviating delivery time) shall have priority over the GPC. In case of doubt, commercial clauses shall be interpreted in accordance with the Incoterms® published by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC) in the version valid at the time of conclusion of the contract.
- (4) Our order shall be deemed binding at the earliest upon written submission. The Seller shall notify us of any obvious errors (e.g., typing and spelling errors) and incompleteness of the order including the order documents for the purpose of correction or completion prior to acceptance; otherwise, the contract shall be deemed not to have been concluded.
- (5) The Seller shall be obliged to confirm our order in writing within 5 days or to execute it without reservation by dispatching the goods (acceptance). A delayed acceptance shall be deemed to be a new offer and shall require acceptance by us; this shall not apply if our order was placed in response to a binding offer by the Seller and the contract was thus already concluded.
- (6) Legally relevant declarations and notifications made by the Seller after the conclusion of the contract (e.g., setting of deadlines, reminders, withdrawal) must be made in writing. Written form in the sense of these GPC includes written and text form (e.g., letter, e-mail, fax). Legal formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubts about the legitimacy of the declarant, shall remain unaffected.

2. Prices and terms of payment

- (1) The price stated in the order is binding. All prices shall be inclusive of statutory value-added tax if this is not shown separately.
- (2) Unless otherwise agreed, the price shall include all services and ancillary services of the Seller (e.g., assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g., packaging, transport, insurance). The Seller shall take back packaging material upon our request.
- (3) The agreed price shall be due for payment within 30 days of complete delivery and performance (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. If payment is made within 14 days, the Seller shall grant us a 2% discount on the net amount of the invoice. In the case of bank transfer, payment shall be deemed to have been made in due time if our transfer order is received by our bank before expiry of the payment deadline; we shall not be responsible for any delays caused by the banks involved in the payment process.
- (4) The invoice must be sent to us separately from the goods and must contain the details from our order, in particular the date and order number. Otherwise, we shall not be responsible for delays in payment. We shall only accept electronic invoicing based on a separate agreement.
- (5) We do not owe any interest on arrears. Default in payment shall be governed by the statutory provisions, whereby, if applicable, a written reminder by the Purchaser shall be required in each case.

- (6) We shall be entitled to rights of set-off and retention as well as the defense of non-performance of the contract to the extent provided by law. In particular, we shall be entitled to withhold payments due as long as we are still entitled to claims against the Seller arising from incomplete or defective performance.
- (7) The Seller shall have a right of set-off or retention only in respect of counterclaims which have become res judicata or are undisputed.

3. Delivery time and delay in delivery

- (1) The delivery time stated by us in the order is binding. If the delivery time is not specified in the order and has not been agreed otherwise, it shall be 1 week from the conclusion of the contract. The Seller shall be obliged to notify us in writing without delay if it is likely that it will not be able to meet agreed delivery times - for whatever reason.
- (2) If the Seller does not perform or does not perform within the agreed delivery time or if the Seller is in default, our rights - in particular to rescission and damages - shall be determined in accordance with the statutory provisions. The provisions in para. 3 shall remain unaffected.
- (3) If the Seller is in default, we may - in addition to further statutory claims - claim lump-sum compensation for our damage caused by default in the amount of 1% of the net price (delivery value) of the delayed goods per full calendar week, but in total not more than 5% of the contractual delivery value. We reserve the right to prove that we have incurred higher damages. The seller reserves the right to prove that we have not incurred any damage at all or that the damage is significantly lower.

4. Delivery, Transfer of Risk, Default of Acceptance

- (1) The Seller shall not be entitled to have the performance owed by it rendered by third parties (e.g., subcontractors) without our prior written consent. The Seller shall bear the procurement risk for its services unless otherwise agreed in individual cases (e.g., limitation to stock, single item). The Seller shall also be obliged to manufacture the goods free of defects if it does not manufacture the goods or processed components itself but purchases them.
- (2) Delivery shall be made "free domicile" within Germany to the place specified in the order. If the place of destination is not specified and nothing else has been agreed, the delivery shall be made to our registered office (Oderlandstraße 104, 15890 Eisenhuettenstadt). The respective place of destination shall also be the place of performance for the delivery and any subsequent performance (obligation to deliver). Partial deliveries, even within the agreed delivery period, require our prior written consent.
- (3) The delivery shall be accompanied by a delivery bill containing the following information and evidence: Date (issue and dispatch), contents of the delivery (article number and quantity), our order identification (date and number) as well as, at our request, information relevant to customs and export control (origin, tariff number, customs value) with corresponding accompanying documents (supplier's declarations, certificates of origin, permits, etc.). If the delivery bill is missing or incomplete, we shall not be responsible for any delays in processing and payment resulting therefrom. A corresponding dispatch bill with the same content shall be sent to us separately from the delivery bill.
- (4) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the item shall pass to us upon handover at the place of performance. If acceptance has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. If we are in default of acceptance, this shall be deemed equivalent to handover or acceptance.
- (5) The statutory provisions shall apply to the occurrence of our default in acceptance. However, the Seller must also expressly offer us its performance if a specific or determinable calendar time has been agreed for an action or cooperation on our part (e.g., provision of material). If we are in default of acceptance, the Seller may demand compensation for its additional expenses in accordance with the statutory provisions (§ 304 BGB). If the contract relates to a non-

representable item to be produced by the Seller (individual production), the Seller shall only be entitled to further rights if we are obliged to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.

5. Secrecy and Retention of Title

- (1) We reserve the property rights and copyrights to all product specifications, technical documentation, and other documents. Such documents shall be used exclusively for the contractual performance and shall be returned to us upon completion of the contract. The documents must be kept secret from third parties, even after termination of the contract. The same shall apply to any other information relating to the company or the contract unless such information is publicly accessible. Furthermore, the existence of the business relationship as such shall also be kept secret. Our company, logos and trademarks may only be mentioned to third parties, used as a reference, or published in any other way with our express written consent.
- (2) The above provisions shall apply mutatis mutandis to substances and materials (e.g., software, finished and semi-finished products) as well as to tools, templates, samples and other objects which we provide to the Seller for production (material provided) or which are procured or manufactured exclusively for contractual purposes and the procurement or manufacture of which is remunerated by us (means of production). Objects in the above sense shall remain our property in all cases and processing phases. It is to be stored separately, marked as such, insured to an appropriate extent against destruction and loss and may not be transferred or pledged to third parties as security.
- (3) Any processing, mixing or combination (further processing) of material provided and of means of production shall be carried out for us as manufacturer. The same shall apply in the event of further processing of the delivered goods by us, so that we shall be deemed to be the manufacturer and shall acquire ownership of the product at the latest upon further processing in accordance with the statutory provisions.
- (4) The transfer of ownership of the goods to us shall be unconditional and without regard to the payment of the price. If, however, in individual cases we accept an offer of the Seller to transfer ownership conditional on payment of the purchase price, the Seller's retention of title shall expire at the latest upon payment of the purchase price for the goods delivered. We shall remain authorized to resell the goods in the ordinary course of business even before payment of the purchase price with advance assignment of the claim arising therefrom or to further process the goods (subsidiary validity of the simple reservation of title extended to the resale). All other forms of retention of title, in particular the extended retention of title, the passed-on retention of title and the retention of title extended to further processing are excluded.

6. Liability for defects, inspection, subsequent performance

- (1) The statutory provisions shall apply to our rights in the event of defects in the goods (including incorrect and short delivery as well as improper assembly, defective assembly, operating or operating instructions) and in the event of other breaches of duty by the Seller and its vicarious agents (in particular upstream suppliers or manufacturers), unless otherwise stipulated below or in particular in a quality assurance agreement.
- (2) The Seller shall be liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality at the time of transfer of risk to us. In any case, the product descriptions, information and data on marketability which are the subject of the respective contract (in particular by designation or reference in our order) or which have been made publicly known by the Seller or manufacturer (in particular on the Internet or in catalogs, etc.) shall be deemed to be an agreement on the quality. In all other respects, the question of defectiveness shall be assessed in accordance with the statutory provisions. To the extent that compliance with public law requirements (including substance law/RoHS/REACH and other product- or market-related obligations) is relevant in this context, the relevant regulations in the Federal Republic of Germany (including European law) shall apply as a benchmark. In addition, the Seller shall also be liable for the marketability of the goods in other countries if it must expect the goods to be exported there. Insofar as we are subject to statutory labelling and/or

information obligations regarding the goods (also in processed form, if applicable), vis-à-vis our customers and consumers, the Seller shall, upon request, provide us with all information and evidence (e.g., data sheets, supplier's declarations) required for the fulfillment of these obligations in a form suitable for disclosure.

- (3) We shall not be obliged to examine the goods or to inquire about any defects upon conclusion of the contract. In partial deviation from § 442 para. 1 sentence 2 of the German Civil Code (BGB), we shall therefore also be entitled without restriction to claims for defects if the defect remained unknown to us at the time of conclusion of the contract due to gross negligence.
- (4) The statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) shall apply to the commercial duties of inspection and notification of defects, subject to the following proviso: Our duty of inspection shall apply to defects which become apparent during our incoming goods inspection by means of external examination including the delivery documents (e.g., transport damage, wrong delivery and short delivery) or which are identifiable during our quality control by means of random sampling. In the case of other defects, it shall depend on the extent to which an inspection is feasible in the ordinary course of business, considering the circumstances of the individual case. Insofar as acceptance has been agreed, there shall be no obligation to inspect. Our obligation to give notice of defects discovered later shall remain unaffected. Notwithstanding our duty to examine, our notice of defect shall be deemed to have been given without undue delay and in good time if it is sent within one week of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.
- (5) Subsequent performance shall also include the removal of the defective goods and their re-installation, provided that the goods have been installed in another item or attached to another item in accordance with their type and intended use; our statutory claim to reimbursement of corresponding expenses shall remain unaffected. The expenses necessary for the purpose of inspection and subsequent performance shall be borne by the Purchaser even if there was no defect; this shall not apply if we were aware of the non-existence of the defect or were grossly negligent in failing to detect it.
- (6) Notwithstanding our statutory rights and the provision in subsection (5), the following shall apply: If the Seller fails to meet its obligation to remedy the defect - at our option by remedying the defect (subsequent improvement) or by delivering an item free of defects (replacement delivery) - within a reasonable period of time set by us, we shall be entitled to remedy the defect ourselves and to demand reimbursement of the expenses incurred for this purpose or a corresponding advance payment from the Seller. If subsequent performance by the Seller has failed or is unreasonable for us (e.g., due to particular urgency, risk to operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage), no deadline need be set; we shall inform the Seller of such circumstances without undue delay, if possible, in advance.
- (7) Otherwise, in the event of a material defect or defect of title, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. In addition, we shall be entitled to claim damages and reimbursement of expenses in accordance with the statutory provisions.

7. Supplier recourse

- (1) We shall be entitled to our statutory rights of recourse within a supply chain (supplier recourse pursuant to §§ 445a, 445b, 478 BGB) without restriction in addition to the claims for defects. We shall be entitled to demand from the Seller exactly the type of subsequent performance (repair or replacement) that we owe to our customer in the individual case. Our statutory right of choice (§ 439 para. 1 BGB) shall not be limited hereby.
- (2) Before we acknowledge or fulfill a claim for defects asserted by our customer (including reimbursement of expenses pursuant to §§ 445a) para. 1, 439 paras. 2 and 3 BGB), we shall notify the Seller and ask for a written statement, briefly explaining the facts of the case. If a substantiated statement is not made within a reasonable period of time and if no amicable solution is reached, the defect performance actually provided to our customer shall also be deemed to be owed; in this case, the Seller shall be responsible for proving the contrary.

- (3) Our claims from supplier recourse shall also apply if the defective goods have been further processed by us or by one of our customers, e.g., by incorporation into another product.

8. Intellectual Property Rights

- (1) The Seller shall be liable for ensuring that the delivery of the goods does not infringe any intellectual property rights of third parties (e.g., patents, utility models, copyrights) within Germany, the EU, or the country of destination of the goods known to the Buyer. Clause 6 shall apply mutatis mutandis to the scope of liability unless otherwise provided for in the following provisions. Clause 11(2) shall apply regarding the limitation period.
- (2) If claims are asserted against us by a third party due to an infringement of intellectual property rights to the goods, the Seller shall be obliged to indemnify us against such claims upon first written request. The indemnification obligation shall apply to all expenses necessarily incurred by us because of or in connection with the claim by the third party (including the costs of legal action), unless the Seller proves that it is not responsible for the defect of title.

9. Product liability

- (1) If the Seller is responsible for product damage, it shall indemnify us against claims by third parties to the extent that the cause lies within its sphere of control and organization and it is liable itself in relation to third parties.
- (2) Within the scope of his indemnification obligation, the Seller shall also reimburse expenses pursuant to Sections 683, 670 of the German Civil Code (BGB) arising from or in connection with a claim by a third-party including risk prevention measures carried out by us (e.g., product recall). We shall inform the Seller in advance of the content and scope of any recall measures - insofar as this is possible and reasonable - and give him the opportunity to comment. Further legal claims shall remain unaffected.
- (3) The Seller shall take out and maintain an extended product liability insurance and a recall costs liability insurance with a lump sum coverage of at least EUR 5 million per insured event and EUR 10 million per year. We are entitled to request a copy of relevant liability policies at any time.

10. Compliance, import and export control

- (1) The Seller shall always comply with the law and with national and international regulations, in particular regarding data protection, materials law/RoHS/REACH, occupational health and safety, anti-corruption (including bribery and corruption) and customs and foreign trade law.
- (2) The Seller shall be obliged to obtain any information, approvals and evidence (supplier's declarations, certificates of origin, etc.) required for customs or import or export control. In the case of deliveries from outside the EU, the Seller must declare an applicable customs value in accordance with the relevant conventions and regulations. The Seller shall be obliged to notify if the goods are subject to special regulations in certain countries.
- (3) In addition to contractual duties to provide information, in connection with the delivery bill pursuant to Clause 4(3) and the product description pursuant to Clause 6(2), corresponding statutory duties shall remain unaffected in all cases.
- (4) The contracting party undertakes to comply with the Code of Conduct of the Business Social Compliance Initiative (BSCI) (www.bsceu.org). In particular, it shall ensure that children and young people are only employed in compliance with the rules of the International Labor Organization (ILO), the United Nations (UN) and national law. He will also impose this obligation on his suppliers and provide proof of this upon request.

11. Limitation

- (1) The mutual claims of the contracting parties shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated below.
- (2) Notwithstanding Section 438 (1) No. 3 of the German Civil Code (BGB), the general limitation period for claims for defects (warranty period) shall be 3 years from the passing of risk. If acceptance has been agreed, the limitation period shall commence upon ac-

ceptance. The 3-year limitation period shall also apply mutatis mutandis to claims arising from defects of title including intellectual property rights, whereby the statutory limitation period for third party claims in rem for surrender of goods (Section 438 (1) No. 1 of the German Civil Code (BGB)) shall remain unaffected; in addition, claims arising from defects of title shall not become time-barred in any case as long as the third party can still assert the right against us - in particular in the absence of a limitation period.

- (3) The statute of limitations shall be suspended upon receipt by the Seller of a written notice of defect. In the event of subsequent performance, the limitation period for replaced or repaired parts shall start anew, unless the Seller was recognizably not obliged to provide subsequent performance (goodwill service).
- (4) The limitation periods of the law on sales including the above extensions shall apply - to the extent provided by law - to all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual claims for damages due to a defect, the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 BGB) shall apply to these, unless the application of the limitation periods of the law on sales leads to a longer limitation period in individual cases.

12. Choice of law, place of jurisdiction

- (1) The law of the Federal Republic of Germany shall apply to these GPC and the contractual relationship between us and the Seller to the exclusion of international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods. The choice of law shall also apply to non-contractual obligations closely connected with the contract. In all other respects, the scope and extent of the choice of law shall be determined in accordance with the statutory provisions.
- (2) If the Seller is a merchant within the meaning of the German Commercial Code (Handelsgesetzbuch), a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our registered office in Eisenhuettenstadt, Germany (local or regional court). The same shall apply if the Seller is an entrepreneur within the meaning of § 14 BGB (German Civil Code). However, we shall also be entitled in all cases to bring an action at the place of performance of the delivery obligation pursuant to Section 4(2) or a prior individual agreement or at the general place of jurisdiction of the Seller. Overriding statutory provisions, in particular regarding exclusive jurisdiction, shall remain unaffected.